

# Der Brunnerbrief

Liebe Genossin, lieber Genosse,

liebe Leserin, lieber Leser,

wie in der letzten Woche angekündigt, erhält Du heute, mit dem Abschluss zweier Sitzungswochen, die wichtigsten Informationen zu den Ereignissen in der Hauptstadt.

## DER FALL EDATHY

Beherrschendes Thema war die sogenannte „Edathy-Affäre“. Aus dem Verdacht des Besitzes von kinderpornographischem Material bei dem ehemaligen Kollegen Sebastian Edathy hat sich im Verlauf der letzten Tage eine vermeintliche Regierungs- und Koalitionskrise entwickelt. Am Mittwoch standen Thomas Oppermann, BKA-Chef Jörg Ziercke, Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages Rede und Antwort. Wie die gesamte SPD-Fraktion bedauere auch ich aufrichtig den Rücktritt des ehemaligen Landwirtschaftsministers Hans-Peter Friedrich von seinem Amt. Die Weitergabe der Information an Sigmar Gabriel im November 2013 war nicht strafrechtlich relevant, sie war richtig, wichtig und fair. Deshalb muss es nun darum gehen, durch gute Regierungsarbeit verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen.

Zu den Vorwürfen gegen Edathy selbst gibt es nur so viel zu sagen: Der Erwerb und Besitz von Nacktbildern von Kindern ist nicht in Ordnung. Wir als Parlamentarier haben die Pflicht, Gesetze zu beschließen, welche die Integrität von Kindern gewährleisten. Gegebenenfalls müssen diese verschärft werden. Fakt ist jedoch auch, dass das deutsche Strafrecht das derzeit in Rede stehende Material als nicht strafrechtlich relevant einstuft. Die politische und persönliche Existenz von Herrn Edathy ist durch das Agieren der Staatsanwaltschaft Hannover dennoch nachhaltig beschädigt, wenn nicht zerstört. Dieses Handeln halte ich für ebenso bedauerlich und für unseren Rechtsstaat fragwürdig.

## ABGEORDNETENENTSCHÄDIGUNGEN UND -BESTECHUNGEN

Ein anderes kontroverses Thema war und ist die Abgeordnetenentschädigung. Ich habe das Thema in den letzten Tagen offen angesprochen. Dabei haben die Bürgerinnen und Bürger immer betont: Die Demokratie braucht finanziell unabhängige Abgeordnete. Der Gesetzentwurf zur Abgeordnetenentschädigung beruht auf den Vorschlägen einer unabhängigen Expertenkommission. Sie hat empfohlen, die Abgeordnetenentschädigung an die Besoldung von Richtern der obersten Bundesgerichte anzupassen. Dies ist schon seit 1995 gesetzlich so festgelegt, wurde aber bisher nie umgesetzt. Ab 1. Juli 2016 wird das System grundsätzlich geändert und die Abgeordnetenentschädigung orientiert sich an dem so genannten jährlichen Nominallohnindex des Statistischen Bundesamtes. Die Abgeordnetendiäten steigen also künftig genau in der Höhe des Bruttodurchschnittsverdienstes der Arbeitnehmer. Wäre es nach mir gegangen, hätte man diese Anpassung auch in mehreren kleineren Schritten machen können.



## ANSTEHENDE TERMINE

25.02.2014

Podiumsdiskussion der SPD Illertissen mit **Anette Kramme**, MdB und Parlamentarischer Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, **Rainer Holland-Moritz**, Bezirksleiter IG BCE Ulm, Landratskandidatin **Antje Esser** und Bürgermeisterkandidat **Alexander Schilling**

Beginn: 18.00 Uhr

Ort: Schloßbräuhaus, Bräuhausstraße 17 in Illertissen

05.03.2014

Politischer Aschermittwoch mit **Martin Burkert**, MdB und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, Landratskandidatin **Antje Esser** und **Kurt Baiker**, 1. Bürgermeister der Stadt Senden

Beginn: 19.00 Uhr

Ort: Paul-Gerhardt-Haus, Kirchplatz 2 in Senden

Einschnitte gibt es hingegen bei der Altersversorgung: Der Höchstsatz wird von 67,5 % auf 65 % gesenkt und eine vorzeitige Altersentschädigung ist künftig nur noch mit Abschlägen und erst ab 63 möglich.

In einem Paket mit der Abgeordnetenentschädigung wird auch die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung neu geregelt. Bisher ist Bestechung und Bestechlichkeit nur strafbar, wenn es sich um Stimmenkauf und -verkauf bei Wahlen und Abstimmungen handelt. Entsprechend den Anti-Korruptionsvorgaben des Europarates soll das neue Gesetz den Straftatbestand dahingehend erweitern, dass jede strafwürdig korruptive Verhaltensweise von und gegenüber Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern erfasst wird.

Bereits meine zweite Rede vor dem Plenum des Deutschen Bundestages habe ich am vergangenen Freitag gehalten. Das Thema der Debatte war zugebenermaßen nur bedingt massenbegeisterungsfähig, aber dennoch, das kann ich aus eigener beruflicher Erfahrung bestätigen, für das Wirtschaftsleben von großer Bedeutung – und es wurde von der Branche beachtet.

Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf zur „Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen“ sieht vor, dass bei einer Konzerninsolvenz die Insolvenzverfahren der einzelnen Unternehmen unter einem gemeinsamen Konzerndach besser aufeinander abgestimmt werden. Dafür werden die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen und ein Koordinationsverfahren wird eingerichtet. Die bisherige Problematik, dass die wirtschaftliche Einheit eines Konzerns im Falle einer Insolvenz eines Unternehmens nur schwerlich gehalten werden kann, wird damit gelöst. Meine Rede findest Du im Internet auf <http://dbtg.tv/fvid/3129058> oder auf meiner Internetseite [www.karlheinzbrunner.de](http://www.karlheinzbrunner.de) in der Rubrik „Politik/Reden“.

Seit vergangener Woche bin ich außerdem Mitglied in der sogenannten „Härtefall-Stiftung“. Träger dieser Stiftung ist das Soldatenhilfswerk der Bundeswehr. Hier können traumatisierte frühere Soldaten der Bundeswehr und der ehemaligen Nationalen Volksarmee finanzielle Unterstützung erhalten. Insbesondere die Versorgung radargeschädigter Soldaten spielt eine große Rolle.

Herzliche Grüße,

Dein

Karl-Heinz Brunner

## NEUES AUS DEM BUNDESTAG

Das Parlament hat in dieser Woche mit den Stimmen aller Fraktionen einen neuen ständigen Ausschuss „Digitale Agenda“ eingesetzt. Damit wird dem tiefgreifenden technischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozess in der Gesellschaft Rechnung getragen. Der Ausschuss zählt 16 Mitglieder. Stellvertretender Vorsitzender ist der Kollege Gerold Reichenbach aus Hessen.

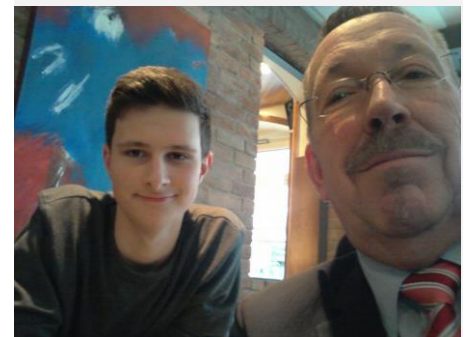


## KURZ NOTIERT

### VON KRUMBACH IN DIE USA

Das Parlamentarische Partnerschaftsprogramm des Deutschen Bundestages und des US-amerikanischen Kongresses (PPP) ermöglicht jedes Jahr rund 360 Schülerinnen und Schülern aus Deutschland einen einjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten. Die Stipendiaten leben in Gastfamilien, gehen zur Schule und sind gleichzeitig junge Botschafter der politischen und kulturellen Werte ihres Landes.

Im Rahmen dessen habe ich unter vielen guten Bewerbungen Stefan Edenharder aus Krumbach ausgewählt, das kommende Schuljahr in den USA zu verbringen. Während seines Aufenthaltes wird Stefan in Gastbeiträgen im Brunnerbrief von seinen Erfahrungen jenseits des großen Teiches berichten.



Der neue Trend: „Selfie“ von Stefan und mir

## NEUES AUS DER LANDESGRUPPE



Auf allen Ebenen für Bayern präsent: Am vergangenen Montag hat die bayerische Landtagsfraktion die Landesgruppe des Bundestages zu einem großen Familientreffen empfangen.

Am gestrigen Donnerstag war die bayerische Landesgruppe zudem auf Einladung des schweizerischen Botschafters zu Gast in der ständigen Vertretung der Schweiz in Berlin. Die räumliche und kulturelle Nähe waren Anlass für gute Gespräche zu Themen wie Energie, direkter Demokratie und der Bahnpolitik. Auch das umstrittene Votum der Schweizer Bevölkerung zur Begrenzung der Zuwanderung wurde thematisiert.



## NEUES AUS DEM WAHLKREIS

Am 16. März 2014 entscheiden die Wählerinnen und Wähler, wie es in unseren Landkreisen politisch weitergeht. Ich kann mit Fug und Recht behaupten: Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der SPD wissen was sie wollen. Sie setzen sich für die Schaffung neuen Wohnraums, den intensiven Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, die weitere Modernisierung der Schulen sowie den flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets in der Region ein. Ich selbst kandidiere für den Kreistag des Landkreises Neu-Ulm.

Für die verbleibenden Tage bis zur Wahl möchte ich daher um Unterstützung für unsere Partei und am 16. März um Deine Stimme für die SPD bitten.

## VON NEU-ULM NACH BERLIN

Insgesamt 78 Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule Neu-Ulm besuchten am Donnerstag den Bundestag in Berlin. Gemeinsam mit der Grünen-Abgeordneten aus Neu-Ulm, Ekin Deligöz, habe ich ein einstündiges Gespräch mit den Jugendlichen im Reichstag geführt.



## BERLINFAHRT IM MÄRZ

Für die Fahrt im März (18. bis 21.3.) sind noch freie Plätze vorhanden. Bei Interesse wende Dich bitte unter den unten genannten Kontaktdaten an mein Büro.

## NÄCHSTE AUSGABE

An zwei Sitzungswochen schließen sich nun zwei sitzungsfreie Wochen an. Die nächste Ausgabe des Brunnerbriefs wird daher am 21. März 2014 erscheinen.

## MEINUNG & KONTAKT

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Bitte wende Dich zu diesem Zweck schriftlich oder telefonisch an mein Berliner Büro.

Dr. Karl-Heinz Brunner, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[karl-heinz.brunner@bundestag.de](mailto:karl-heinz.brunner@bundestag.de)

Telefon: 030 / 227 75055

Fax: 030 / 227 70055

[www.karlheinzbrunner.de](http://www.karlheinzbrunner.de)